

SPD
Stadtratsfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion

FDP
Stadtratsfraktion

Antrag **0292/2014**

Mainz, 29.01.2014

Gemeinsamer Antrag

zur Sitzung des Stadtrates am 12. Februar 2014

Eine Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG)/ „Business Improvement Districts,, (BID) in Mainz prüfen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat erneuert seinen Beschluss von 2008 und 2010, in Mainz künftig ISG/BIDs einrichten zu können.
2. Die Verwaltung wird gebeten, dies umzusetzen und weiter in Kontakt mit den zuständigen Landesministerien zu treten, um die Notwendigkeit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für ISG/BIDs zu erörtern.
3. Sollte es kurzfristig eine gesetzliche Grundlage zur Schaffung von ISG/BIDs geben, wird vorgeschlagen, mit einem entsprechenden Pilotprojekt in Mainz zu beginnen. Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den Mainzer Einzelhändlern und Immobilienbesitzern Vorschläge zu erarbeiten, in welchen Bereichen die Etablierung von ISG/BIDs in Mainz möglich und sinnvoll wäre.
4. Über den Sachstand, was die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und welche (wie in Punkt 3 beschrieben) Handelsbereiche in Mainz geeignet wären, ist in regelmäßigen Abständen in den zuständigen Ausschüssen zu berichten.

Begründung:

Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGs) sind verbindliche Immobilien- und Standortinitiativen, in denen sich unter anderem Immobilieneigentümer und Geschäftstreibende vernetzen, um eine Attraktivitätssteigerung von Quartieren zu erreichen. Dabei geht es nicht darum, dass privatwirtschaftliche Unternehmen originär kommunale Aufgaben übernehmen, sondern vielmehr um die Vermarktung und Optimierung der Gestaltung des Geschäftsviertels, die über die gesetzliche Grundversorgung hinausgeht.

In Städten anderer Bundesländern wie Nordrhein Westfalen, Hamburg oder Hessen, wo es die gesetzlichen Grundlagen sowohl für ISGs als auch für BIDs bereits gibt, sind in den letzten Jahren zum Teil sehr erfolgreich ISG/BIDs entstanden mit dem Ergebnis, dass ehemals nicht optimal funktionierende Handelsquartiere durch verbesserte Vermarktung, optische Aufwertungen und viele weitere Maßnahmen erheblich aufgewertet wurden. Profiteure waren zum einen die Händler, da mehr Frequenz und mehr Umsatz generiert wurde und zum anderen die Immobilieneigentümer, da die Werte der Häuser gesteigert werden konnten.

Auf Grundlage entsprechender Stadtratsbeschlüsse aus den Jahren 2008 und 2010 plant die Verwaltung die Entwicklung von ISG/BID in Mainz.

Um ISG/BIDs in Mainz schaffen zu können, müssen hierzu allerdings auf Landesebene erst die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Eckart Lensch

Sylvia Köbler-Gross

Walter Koppius

Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
SPD- Stadtratsfraktion
Stadtratsfraktion

Fraktionssprecherin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Mainzer Stadtrat

FDP-